



Ausgabe 02+03/22

das österreichische arbeitnehmerinnen- und arbeitnermagazin



**Frohe Ostern!**

# Kein Platz für MSE

Der AUVA-Präventionschwerpunkt 2021/22 widmet sich arbeitsbedingten Muskel-Skelett-Erkrankungen (MSE).

Wie präsent MSE sind, lässt sich schon aufgrund persönlicher Erfahrungen abschätzen. Denn wer kennt das nicht: Schmerzen in Rücken, Nacken oder Knie? Natürlich ist nicht in jedem Fall gleich von einer Erkrankung auszugehen, die statistischen Kennzahlen belegen aber, wie viele Menschen von MSE betroffen sind. So zeigt der Fehlzeitenreport 2020, dass rund ein Fünftel aller Krankenstandstage auf MSE zurückzuführen sind, durchschnittlich fallen die Betroffenen mehr als 15 Tage pro Krankenstand aus. Einer Schätzung der AUVA auf Basis des Fehlzeitenreports sowie einer WIFO Studie aus 2020 zu den Kosten arbeitsbedingter Erkrankungen zufolge lassen sich auf arbeitsbedingte MSE Kosten von insgesamt 1,6 Milliarden Euro jährlich zurückführen.

## Fehlbelastungen und andere Faktoren

Zu den häufigsten arbeitsbedingten MSE zählen Rückenschmerzen sowie Schmerzen im Bereich von Nacken, Schultern und Armen. MSE entstehen durch Fehlbelastungen, wie etwa zu schweres Tragen, zu langes Sitzen oder zu viel Stress. Aber auch organisatorische, psychosoziale und individuelle Faktoren können zur Entstehung beitragen. Mit dem aktuellen Präventionsschwerpunkt will die AUVA diesem häufig auftretenden arbeitsbedingten Gesundheitsproblem den Kampf ansagen. Gefragt ist ein ganzheitlicher Ansatz, der von technischen Lösungen über organisatorische Maßnahmen bis hin zu Schulungen zum richtigen Heben und Tragen reicht.



Foto: SciPro - Adobe Stock



## Partner der Unternehmen

Die AUVA steht den Unternehmen in Sachen Prävention beratend zur Seite, auch im Rahmen der Präventionsschwerpunkte. 2021/2022 stehen Thema Muskel-Skelett-Erkrankungen im Fokus.

Alle Informationen sind hier zu finden: [www.auva.at/mse](http://www.auva.at/mse)



Packten wir's an!

Eine Initiative der AUVA gegen Muskel-Skelett-Erkrankungen

## Digitalisierung, Gesundheit und Forschung

Die Corona-Pandemie hat in den letzten beiden Jahren einen unerwarteten Schub im Bereich Digitalisierung und Homeoffice ausgelöst und naturgemäß sind auch bei der Arbeit zu Hause Gesundheitsfragen ein Thema. Als Partner der Unternehmen trägt die AUVA mit dem „Austrian Health Day“ am 7. April dieser Entwicklung Rechnung. Im Rahmen dieser digitalen Veranstaltung erwartet die Teilnehmerinnen

und Teilnehmer ein abwechslungsreiches Programm rund um die Erhaltung und Verbesserung der Gesundheit.

**AUSTRIAN HEALTH DAY** powered by AUVA

Livestream | 10 Top-Speaker | interaktiv  
07.04.2022 von 07:30 bis 13:30 Uhr

Kostenlose Teilnahme für alle österreichischen Unternehmen und Arbeitnehmer:innen. Alle Infos & Anmeldung:  
[austrianhealthday.at](http://austrianhealthday.at)





Foto: Neue Volkspartei Wien

gudrun.kugler@parlament.gv.at  
www.gudrunkugler.at

## EDITORIAL

### **Liebe Leserin, lieber Leser der *freiheit!***

Auf den Gehaltszetteln mit dem Februar-Gehalt haben es viele von Ihnen bereits bemerkt, spätestens Mitte des Jahres 2022 werden wir alle einen Unterschied spüren. Die Ökosoziale Steuerreform ist seit 1. Jänner in Kraft und bringt bereits für das heurige Jahr eine deutliche Entlastung für bis zu 3,8 Millionen Österreicherinnen und Österreicher.

Mit einem Ausmaß von 18 Milliarden Euro ist die Ökosoziale Steuerreform die größte Entlastungsmaßnahme der Zweiten Republik. Kernpunkte sind die Senkung der 2. und 3. Tarifstufe bei der Lohn- und Einkommenssteuer von 35 auf 30 Prozent und von 42 auf 40 Prozent, die Erhöhung des Familienbonus von bisher 1.500 Euro auf 2.000 Euro pro Jahr und Kind und die Erhöhung des Kindermehrbetrags auf 450 Euro. Auch diejenigen Menschen, die so wenig verdienen, dass sie kaum bis keine Steuern zahlen, werden durch die Erhöhung der SV-Rückerstattung und die Anhebung des Pensionistenabsetzbetrages spürbar entlastet.

Wenn Sie wissen wollen, wie hoch Ihre persönliche Entlastung ausfällt, besuchen Sie die Homepage des Finanzministeriums. Dort finden Sie **den Entlastungsrechner ([bmf.gv.at/entlastungsrechner](http://bmf.gv.at/entlastungsrechner))**, der Ihre Ersparnis für Sie ausrechnet!

Ihre

Nikola König-Weixelbraun  
**freiheit**-Chefredakteurin

Im Februar haben wir den flächendeckenden Ausbau und die vollständige und langfristige Finanzierung von Hospizen und Palliativversorgung im Parlament beschlossen. Dabei handelt es sich um ein Jahrhundertgesetz, das für das Leben der Menschen über Generationen prägend sein wird, das jeden irgendwann einmal betrifft - sei es als Sterbender oder als Angehöriger: Es ist unsere Antwort auf die vom Verfassungsgerichtshof verordnete Einführung des assistierten Suizids.

## VON DER BESTMÖGLICHEN VERSORGUNG AM LEBENSENDE PROFITIERT JEDER!

EIN GASTKOMMENTAR VON MENSCHENRECHTS- UND VERTRIEBENEN-SPRECHERIN DES ÖVP-PARLAMENTSKLUBS GUDRUN KUGLER

Die Tochter des berühmten Kulturjournalisten Karl Löbl schrieb über den Tod ihrer Eltern in der Presse im Jahr 2020: „Aus dem Wunsch, gemeinsam zu gehen, wurde ein Kampf um das Leben. Es wurde weitergelebt, um jede kostbare Minute gekämpft und es taten sich Welten auf, welche keiner von uns jemals vorher auch nur im Ansatz vermutet hätte. Die Pflege war von einer derartigen Hingabe und Aufopferung, dass Außenstehende sich daneben winzig fühlten.“ Als Karl Löbl selbst in die Palliativstation kam, meinte er: „Da bleib ich jetzt, hier gefällt es mir.“ Es geht also am Lebensende nicht nur darum, irgendwie „auszuhalten“. Wenn die Unterstützung stimmt, gelingt echter Lebensgewinn!

Die Politik ist nicht für den Tod zuständig - sondern für das Leben. Der Sterbeprozess gehört zum Leben. Und dabei geht es um die Qualität des Lebens bis zuletzt: Wer weiß, dass er nicht alleine gelassen wird, ist getröstet und kann in Ruhe leben bis zuletzt.

Mit diesem Gesetz steht Österreich an der Weltspitze in der Versorgung der Menschen am Lebensende. Was es bereits im Bereich Hospize und Palliativversorgung gibt, wird bleiben – Neues kommt dazu. In der bereits bestehenden Grundversorgung, beispielsweise für Krankenhäuser, Altenheime oder niedergelassene Ärzte, bedeutet es den Aufbau zusätzlicher Kompetenzen. Im spezialisierten Bereich entwickeln die Länder Ausbaupläne, mit unterschiedlichen Angeboten von mobil bis stationär, leistbar und flächendeckend. Den tausenden Haupt- und Ehrenamtlichen und Angehörigen, die Lebensgewinn in den letzten Monaten möglich machen, sei herzlichst gedankt: Vor Eurer Arbeit wird man „winzig“! Zu Eurer Unterstützung haben wir nun im Parlament die notwendige Finanzierung sichergestellt.

### Impressum

**Herausgeber:** Wiener Pressverein Medieninhaber: Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Rudolf Habeler) | **Blattlinie:** Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik | **Redaktion:** Mag. Nikola König-Weixelbraun, Sabine Egerer, Irene Peer-Polzer, Mag. Elisabeth Halvax | **Anzeigenverwaltung:** Sabine Egerer, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, 01/40141-596 | **Layout:** Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz | **Herstellung:** Walstead NP Druck Gesellschaft m.b.H., Gutenbergstraße 12, 3100 St. Pölten. Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.



Foto: BKA/Dunkler

## „Aus emotionalen Kerben keine offenen Wunden werden lassen!“

Am 6. Dezember 2021 wurde Claudia Plakolm als Staatssekretärin im Bundeskanzleramt angelobt, und ist für die Agenden für Jugend und Generationen zuständig. Im *freiheit*-Interview erzählt die 27-jährige Oberösterreicherin über ihren ersten Monate im Amt und ihre Vorhaben in den kommenden Monaten.

**freiheit:** Frau Plakolm, die ersten 100 Tage als Staatssekretärin für Jugend liegen hinter Ihnen, wie würden Sie bilanzieren?

**Claudia Plakolm:** Was ganz sicher gelungen ist, ist Jugendthemen mehr in den Fokus zu stellen und Tempo zu machen. So habe ich noch mit dem ehemaligen Gesundheitsminister gemeinsam ein Paket für psychische Gesundheit von jungen Menschen präsentiert, für das bereits seit Sommer vergangenen Jahres Geld bereitgestanden wäre.

**freiheit:** Sind die Maßnahmen in diesem Paket genug, um die Folgen der Pandemie bei jungen Menschen erfolgreich zu bekämpfen?

**Plakolm:** Ganz klar: nein. Es brennt an allen Ecken und Enden. Aber wir haben damit an einem Ende begonnen zu löschen, nämlich an dem Ende, an dem professionelle Hilfe bereits unausweichlich notwendig ist. Und das halte ich für äußerst wichtig. Gerade wenn wir sehen, dass jeder sechste junge Mensch in Österreich wiederholt an Selbstmord

denkt, brauchen wir das ganz dringend. Vielleicht zum 13-Millionen-Paket an sich: konkret geht es hier um den Zugang zu Therapieplätzen für junge Menschen bis 21 Jahren. Wir haben einen One-Stop-Shop von der Erstberatung bis zur tatsächlichen Therapie geschaffen, bei dem sich junge Menschen weder um den Therapieplatz an sich, noch um eine Kostenerstattung kümmern müssen. Wir nehmen damit jungen Menschen, aber auch deren Familien, den Rucksack der Bürokratie ab und stellen sicher, dass sie ohne weitere bürokratische Hürden zu Hilfe kommen. Das ist ein guter und wichtiger Schritt. Ich bleibe aber dabei, dass wir auch im niederschweligen Bereich Maßnahmen setzen werden müssen, denn Gott sei Dank wird nicht jeder junge Mensch mit depressiven Symptomatiken einen Therapieplatz brauchen, sondern hier werden wir viel mit auf sich selbst und aufeinander schauen lösen können.

**freiheit:** Aus der Ukraine erreichen uns unfassbare Bilder. Tausende Menschen

sind auf der Flucht. Wie wirkt sich dieser Konflikt auf junge Menschen in Österreich aus?

**Plakolm:** Gerade wir Junge sind einem geeinten Europa aufgewachsen. Wir alle sind mit dem Versprechen aufgewachsen, nie wieder Krieg erleben zu müssen. Diese Illusion wurde in den vergangenen Wochen vernichtet. Deswegen geht es, glaube ich, auch gerade jungen Menschen sehr nahe. Und die Bilder sind ja überall dort, wo Junge sind: es gibt sie vor allem auf TikTok und Instagram live zu sehen. Die vergangenen zwei Jahre waren an sich schon nicht leicht für junge Menschen. Die Kriegsbilder schlagen da in eine emotionale Kerbe, die bei vielen schon sehr tief ist. Wir müssen hier, allen voran der neue Gesundheitsminister, sicher schauen, dass aus diesen emotionalen Kerben keine offenen Wunden werden.

**freiheit:** Eines Ihrer Themen, dessen Sie sich angenommen haben, ist die Lehre. Findet diese Gruppe zu wenig Beachtung in der politischen Debatte?

**Plakolm:** Wir müssen jedenfalls stark am Image arbeiten: die Lehre ist nicht der Plan B, wenn es mit der Schule nicht klappt, sondern Plan A für eine praktische Ausbildung, mit der man sich danach selbständig machen oder aber auch ein Studium oben draufsetzen kann. Nur muss das in vielen Köpfen noch ankommen, wir haben also sehr viel an Berufsberatung, an Bewusstseinsbildung auch bei Eltern und Schülerinnen und Schülern vor uns. Gerade die vergangenen zwei Jahre haben gezeigt, dass das Lernen eines Handwerks, die Ausbildung zu einer Fachkraft, eine Berufsgarantie bringt. Mit Margarete Schramböck sind in den vergangenen Jahren aber auch wichtige Modernisierungsschritte passiert. Genau in diese Richtung müssen wir uns weiterbewegen, und tun das aktuell auch wieder mit ganz neuen Lehrberufen wie z.B. Berufsfotograf oder Metalltechnik. Wir müssen auch schauen, dass Mädchen und junge

Frauen sich jede berufliche Herausforderung zutrauen und mehr in scheinbar untypische Berufe gehen.

**freiheit: Eine Forderung der ÖVP ist es, im Bereich der Pflege eine Lehre zu etablieren. Warum macht das Sinn?**

**Plakolm:** Wir müssen Berufsbilder laufend neu denken, das ist mir als Jugendstaatssekretärin ein großes Anliegen. Jungen Menschen ist es wichtig etwas Sinnvolles zu machen und Wertschätzung dafür zu bekommen. Und wir alle wollen, dass ältere Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, gut umsorgt sind, dass es unseren Eltern und Großeltern gut geht. Da sehe ich in der Pflegelehre eine ganz große Chance, weil sie genau das vereint: schon in jungen Jahren Verantwortung für Menschen zu übernehmen und gleichzeitig einen erfüllenden Job auszuüben. Ich sehe daher nichts, was gegen eine altersentsprechende Pflegelehre spricht.

**freiheit: Wie sehen Ihre Pläne für die nächsten 100 Tage aus?**

**Plakolm:** Ein Thema, das mich beschäftigen wird, ist leistbarer Wohnraum für junge Menschen. Im Regierungsprogramm ist da bereits einiges festgeschrieben, das aus meiner Sicht rasch umgesetzt gehört, wie z.B. das Bestellerprinzip bei Maklergebühren. Wenn man, so wie ich, als Studentin vom Land oder einer anderen Stadt umzieht, und dann zu den drei Monatsmieten Kautions auch noch eineinhalb Monatsmieten für den Makler aufbringen soll, wird das zu einer fast unüberwindbaren Belastung. Wir müssen aber auch im Bereich des Eigentums schauen, dass wir die Kosten runterbekommen. Mit unserem Finanzminister Magnus Brunner habe ich hier einen starken Partner für dieses Anliegen an meiner Seite, uns schwebt da die Senkung der Nebengebühren auf das erste Eigenheim vor.

# lang:wohnbau

[www.lang-bau.at](http://www.lang-bau.at)

Gebrüder Lang Bau GmbH  
Steiner Landstrasse 86  
3504 Krems / Stein  
+43 (0)2732 / 71055  
office.krems@lang-bau.at

lang:bau

# 150-Euro-Energiegutschein für jeden Haushalt

Österreich und Europa sind aktuell mit den höchsten Preissteigerungen seit vielen Jahren konfrontiert. Preistreiber sind vor allem Treibstoff und Haushaltsenergie. Die derzeitige Situation ist angesichts der andauernden Pandemie eine zusätzliche finanzielle Herausforderung für die österreichische Bevölkerung. Deswegen braucht es Maßnahmen, um den Menschen rasch und unkompliziert unter die Arme zu greifen.

Zur Abfederung der hohen Energiekosten hat die Bundesregierung ein 1,7 Milliarden Euro schweres Paket geschnürt, das mit Maßnahmen gegen die Teuerung dem Preisdruck bei Gas und Strom entgegenwirkt, sobald die Mehrkosten spürbar sind und damit einerseits den besonders betroffenen Haushalten hilft und andererseits die Kaufkraft in Österreich stärkt.

Im ersten Schritt wurden bereits mit Jahresbeginn der Ökostromförderbeitrag und die Ökostromförderpauschale auf null gesetzt. Das erspart jedem Haushalt im Schnitt 90 bis 100 Euro.

## Energiekostenausgleich für nahezu alle Haushalte

Jeder Einpersonenhaushalt bzw. jeder Mehrpersonenhaushalt mit einem Einkommen bis zur ein- bzw. zweifachen ASVG-Höchstbeitragsgrundlage erhält für den Hauptwohnsitz einmalig einen Energiekostenausgleich in Höhe von 150 Euro. Die Auszahlung wird über einen Gutschein erfolgen, den jeder Haushalt automatisch und direkt ab April per Post erhält. Diese orientieren sich an den Zählpunkten und an der Hauptwohnsitz-Meldung. Die Gutscheine können analog und digital bei einer zentralen Stelle eingelöst werden. Die Gutschrift wird dann automatisch bei der nächsten Jahresabrechnung zum Abzug gebracht werden.

## Teuerungsausgleich für besonders vulnerable Gruppen

Durch eine Einmalzahlung in Höhe von 150 Euro sowie einer zusätzlichen Zahlung in Höhe von weiteren 150 Euro werden Arbeitslose, Mindestsicherungs-, Ausgleichszulage- und



Foto: araberstock

Studienbeihilfe-Bezieher und Mobilitätsstipendiaten für gestiegene Lebenshaltungskosten kompensiert. Damit wird mit 300 Euro jenen geholfen, die die Teuerungen am meisten spüren.

## Fragen und Antworten zum Energiekostenausgleich:

### Wer erhält den Energiekostengleich?

Jedem Haushalt, der in Österreich einen Hauptwohnsitz hat, wird automatisch ein Gutschein zugeschickt.

### Wie hoch ist der Energiekostenausgleich?

Der Energiekostenausgleich in Höhe von 150 Euro wird von der Jahresrechnung des Stromlieferanten abgezogen.

### Wie erhält man den Energiekostenausgleich?

Der Energiekostenausgleich wird über eine Gutschrift abgewickelt. Dieser

wird jedem Haushalt mit Hauptwohnsitz in Österreich zugesendet. Durch die Rücksendung bzw. Bestätigung auf einem Online-Portal wird die datenschutzrechtliche Zustimmung und somit bei vorliegendem Anspruch der Energiekostenausgleich gewährt.

## In welchen Fällen ist man von einer Förderung durch den Energiekostenausgleich ausgeschlossen?

Man ist ausgeschlossen, wenn man keinen Hauptwohnsitz in Österreich hat, keine Stromrechnung bezahlt, oder mehr als ein Einkommen in der Höhe der (zweifachen) ASVG-Höchstbemessungsgrundlage bezieht.

## Wann erfolgt die Versendung der Gutschriften?

Die Gutschriften werden ab April versendet und können ab diesem Zeitpunkt von der Jahresabrechnung abgezogen werden.

## Wo kann man die Gutschrift einlösen?

Die Gutschrift kann man online auf einer zentralen Webseite oder per Post einlösen. Die Website und die Postanschrift werden auf dem Gutschein ersichtlich sein.

## Wann wird der Betrag von der Stromrechnung abgezogen?

Der Betrag wird bei der nächsten Jahresabrechnung abgezogen.

## Jemand hat seine Jahresabrechnung bereits bekommen – verliert der Gutschein damit seine Gültigkeit?

Nein, er gilt dann einfach bei der nächsten Abrechnung.

# Erhöhung Pendlerpauschale und Pendlereuro

Viele Österreicherinnen und Österreicher sind auf das Auto angewiesen und können auch nicht kurzfristig umstellen. Auch die Haushalte sind von den steigenden Gas- und Strompreisen massiv betroffen. Diesen Menschen muss geholfen werden. Mit einem weiteren „Energiepaket“ in Höhe von mehr als 2 Milliarden gegen die Teuerung werden speziell diese Gruppen unterstützt.

Die Teuerungs-Situation hat sich in den letzten Wochen weiter zugespitzt, weshalb es der Bundesregierung wichtig ist, weitere Entlastungen auf den Weg zu bringen. Gemeinsam mit dem bereits beschlossenen Paket von 1,7 Milliarden, werden die Österreicherinnen und Österreicher und die Wirtschaft mit rund 4 Milliarden Euro in dieser Zeit der hohen Inflation unterstützt.

## Die Maßnahmen des „Energiepakets“

» Für Pendlerinnen und Pendler kommt es zu einer 50-prozentigen Erhöhung des Pendlerpauschales und Vervierfachung des Pendlereuros. Diese Maßnahme wird bis 30. Juni 2023 gel-

ten. Für Negativsteuerbezieherinnen ist ein einmaliger negativsteuerfähiger Betrag von 100 Euro vorgesehen. Das bringt eine Entlastung über 400 Millionen Euro.

- » Gleichzeitig werden noch heuer 150 Millionen Euro für Preissenkungen im öffentlichen Verkehr und Angebots-erweiterung zur Verfügung gestellt. Diese Maßnahme soll einen Anreiz geben, wenn möglich, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen.
- » Nachdem insbesondere die Gas- und Strompreise eine massive zusätzliche Belastung im täglichen Leben darstellen, werden die spezifischen

Energieabgaben (Erdgasabgabe und Elektrizitätsabgabe) um rund 90 Prozent bis 30. Juni 2023 gesenkt. Diese Maßnahme bringt eine Entlastung von rund 900 Millionen Euro. Damit Preissteigerungen im öffentlichen Verkehr (z.B.: bei Schülerfreifahrten), zu denen es aufgrund der steigenden Energiekosten kommen kann, verhindert werden, kommt es hier zu einem finanziellen Ausgleich.

Dieses Paket bringt beispielsweise einer Familie mit einem Pendler aus dem Mühlviertel (pendeln 50km) eine zusätzliche Entlastung in Höhe von rund 900 Euro (bis 30.6.2023).

Die GEDESAG baut für Sie in Niederösterreich  
gefördert & provisionsfrei

MEIN HEIM  
GEDESAG



**MARKERSDORF VIII**  
28 Wohnungen



**OLLERN I**  
6 Reihenhäuser



**WEINZIERL XIII B**  
80 Wohnungen



**MARTINSBERG III A**  
4 Wohnungen



**FURTH XIII**  
20 Wohnungen, 6 Reihenhäuser



**HAFNERBACH IV A**  
18 Reihenhäuser



**TULLN VI**  
76 Wohnungen



**KEMMELBACH I A + B**  
20 Reihenhäuser



Foto: Gerhard Berger

„Ein Ende der Preisanstiege ist derzeit nicht im Sicht, wir müssen handeln“, so AK Präsident Erwin Zangerl.

# Teuerungswelle muss schnellstens eingedämmt werden!

**AK Präsident Erwin Zangerl spricht sich dafür aus, öffentliche Gebühren und Energiepreise einzufrieren, um die Teuerungswelle abzuschwächen. „Gerade angesichts der derzeitigen Entwicklungen müssen wir handeln und dafür sorgen, dass die Teuerungswelle eingedämmt wird!“**

Die Teuerungswelle, die derzeit durch das Land rollt, wirkt sich auf alle Bereiche des Lebens aus. Die AK Tirol hat einen umfangreichen Maßnahmenkatalog mit Expertenergebnissen vorgelegt, um die Teuerung einzudämmen.

## Die AK Forderungen:

» die aktuellen Energiepreise müssen beibehalten bzw. eingefroren werden. Ebenso soll ein eigener Tarif für niedere Haushaltseinkommen (analog der Ökostrom-Befreiung) bei Energieanbietern verankert werden, die im Eigentum der öffentlichen Hand stehen. Dies vor dem Hintergrund, da sich private Energieanbieter nicht an die selbst ausgerufenen „Preisgarantie“ halten und bereits beginnen, die Preise für Endkunden noch während der

laufenden Vertragsbindung zu erhöhen.

» die automatische Valorisierung der öffentlichen Gebühren (Müll, Abwasser, ...) muss ausgesetzt werden, sofern diese gesetzlich vorgesehen ist.

» die aktuellen Mieten müssen eingefroren werden, d. h. Aussetzen der Index- bzw. Wertsicherungsklauseln sowohl aufgrund der gesetzlich festgelegten Wertsicherung, als auch der in Mietverträgen vereinbarten Wertsicherung. Hierfür ist ein Eingriff des Gesetzgebers unter Beachtung des verfassungsrechtlichen Grundrechtes auf Schutz des Eigentums notwendig.

» die Mengen (Pflichtnotstandsreserven) und die genannten Rohstoffe bzw. Produkte (bislang u. a.

Erdöl, Erdölprodukte, Bio-kraftstoffe, Erdgas, Ethan, Paraffinwachse) laut Erdölbevorratungsgesetz müssen ausgedehnt werden. Durch eine erhöhte Bevorratung kann die Abhängigkeit von Lieferengpässen und Preisschwankungen im internationalen Handel eingedämmt werden.

» die einzelnen Tarifstufen bei der Einkommens- und Lohnsteuer müssen jährlich an die Inflationsrate angepasst werden, da ohne eine Anhebung des Steuertarifs die Arbeitnehmer:innen bei gleichbleibendem Einkommen in höhere Steuerstufen geraten (Abschaffung der kalten Progression) und mit real weniger Nettoeinkommen höhere Preise im täglichen Leben stemmen müssen.



Foto: Andi Bruckner

FCG-Vorsitzender Dr. Norbert Schnedl ruft zur Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung auf.

# Krieg ist keine Lösung!

**Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, die Fraktion Christlicher Gewerkschafter/innen und die Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften EUROFEDOP verurteilen die russische Invasion in der Ukraine auf das Schärfste. Die Empörung unter den Mitgliedsorganisationen ist groß. Denn der Militärangriff stellt einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht und die internationale Ordnung dar.**

von Otto Aiglsperger

Wir erleben in Europa eine der dunkelsten Stunden seit Ende des Zweiten Weltkriegs. In unserer unmittelbaren Nachbarschaft herrscht erneut Krieg. Ob in der Ukraine oder in Russland – es sind vor allem Arbeitnehmer/innen mit ihren Familien, die unter dem Krieg und seinen Folgen zu leiden haben.

Gemeinsam mit unseren Partnern in den ukrainischen Gewerkschaften solidarisieren wir uns mit der ukrainischen Bevölkerung. Ihr droht durch den brutalen Völkerrechtsbruch Russlands unendliches Leid. Die Ukraine ist ein unabhängiger und souveräner Staat. Russland provoziert mit der Eröffnung dieses Angriffskrieges eine Eskalation militärischer Gewalt, die jederzeit völlig außer Kontrolle geraten kann. Europa

und die internationale Friedensordnung stehen am Rande des Abgrunds.

Wir fordern Präsident Putin als Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte auf, die Militäroperationen unverzüglich einzustellen und alle Streitkräfte und militärische Ausrüstung bedingungslos aus der Ukraine abzuziehen. Russland trägt die volle Verantwortung für diesen Akt der Aggression sowie für die dadurch verursachte Zerstörung und den Verlust von Menschenleben.

Darüber hinaus rufen wir die Europäische Union und all ihre Mitgliedsstaaten dazu auf, sich solidarisch an die Seite der Menschen in der Ukraine zu stellen und ihnen alle Hilfe zukommen zu lassen, die sie benötigen. Die russische Föderation

muss dazu gebracht werden, in Friedensverhandlungen einzutreten – auch wenn dafür scharfe wirtschaftliche Sanktionen erforderlich sind. Unsere ukrainische Mitgliedsorganisation in der EUROFEDOP begrüßt die Initiative Charkovs, unverzüglich einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu stellen.

Der russischen Staatsführung ist deutlich zu machen, dass niemand wirklich sicher ist, bevor es nicht alle sind. Militärische Macht demonstrationen und die Anwendung bewaffneter Gewalt münden in Tod und Elend. Wir können die globalen Probleme von heute nur gemeinsam lösen. Dafür braucht es die europäische und weltweite Zusammenarbeit der Völker. Krieg ist keine Lösung!

ÖAAB-Mandatare und ihr „Lieblingsort in Österreich“

## Bettina Rausch



Foto: ÖVP-Klub/Barbara Niderzky

**Bettina Rausch ist im Nationalrat die dienstjüngste Mandatarin, sie wurde im Jänner dieses Jahres angelobt. Die studierte Publizistik- und Kommunikationswissenschaftlerin, die auch einen MBA-Lehrgang für Health Care Management absolvierte, folgte auf das Mandat von Karl Mahrer, der im Dezember als neuer Chef der ÖVP-Wien in den Wiener Gemeinderat wechselte. Parlamentarische Erfahrung bringt die Mutter zweier Töchter als Bundesrätin (2008 bis 2013) und niederösterreichische Landtagsabgeordnete (2013-2018) mit. Als Präsidentin der Politischen Akademie hat sie Schwerpunkte in den Bereichen Grundwerte, politische Kultur und Wissenschaft gesetzt und bereits mehrere Publikationen verantwortet.**

### **freiheit: Welcher ist Ihr Lieblingsort in Österreich und warum?**

Eindeutig der Garten meiner Eltern - mit Blick auf Maria Taferl. Früher zum Spielen, Herumtollen und Austoben. Heute mehr zum Entspannen, um zur Ruhe zu kommen, gemütlich zu plaudern.

### **freiheit: Gibt es ein spezielles Erlebnis, das Sie besonders mit diesem Ort verbinden?**

Die eine oder andere Feier mit Freundinnen und Freunden hab ich gut in Erinnerung - im Sommer bei Grillpartys (danke Papa) und großem Salatbuffet (danke Mama).

### **freiheit: Haben Sie für unsere Leserinnen und Leser einen Insider-Tipp für diesen Ort?**

Der elterliche Garten ist nicht öffentlich. Aber die Basilika Maria Taferl ist immer einen Besuch wert, von dort hat man auch einen großartigen Blick über das Donautal. Den Nibelungengau kann man wunderbar mit dem Rad genießen und eine kleine Wanderung nach Maria Steinbründl wird mit einem großartigen Backendl belohnt.

### **freiheit: Was ist – in Nicht-Corona-Zeiten – Ihr Lieblingsort außerhalb von Österreich und warum?**

Das Hudson Valley im US-Bundestaat New York. Dorthin sind Brüder meiner Oma nach dem Zweiten Weltkrieg ausgewandert, ein Teil meiner Familie lebt also dort. Dementsprechend war ich schon oft dort und fühl mich weit weg und trotzdem daheim. Das

Hudson Valley ist vor allem im „Indian Summer“ eine Reise wert.



Foto: privat

Blick aus dem elterlichen Garten auf Maria Taferl

## FREIHEIT | PARLAMENTARISMUS ERKLÄRT

### Parteiengesetz: Rahmenbedingungen für den fairen Wettbewerb aller politischen Parteien

Das Parteiengesetz ist die zentrale rechtliche Grundlage für die Gründung, die Organisation und das Tätigwerden aller politischen Parteien in Österreich. Die Koalitionsparteien haben sich auf eine Reform dieses Gesetzes geeinigt, um damit Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb aller politischen Parteien zu schaffen. Die praxistaugliche, transparente Reform orientiert sich an den bewährten Vorgängen in der Wirtschaft – Stichwort Steuerprüfung bei Unternehmen.

Die wichtigsten Punkte der Reform:

- Ausbau der Kontrolle durch den Rechnungshof
- Schaffung eines eigenen Wahlwerbungsberichts innerhalb von sechs Monaten nach der Wahl
- Ein vernünftiges Spendenmeldesystem mit mehr Transparenz
- Umgehungskonstruktionen vor allem bei nahestehenden Organisationen und Personenkomitees sollen verhindert werden
- Rechenschaftsbericht: Grundlegende Überarbeitung der Rech-

nungslegung bzw. Rechenschaftsberichte; lückenlose Erfassung aller Zahlungsflüsse

- Verschärfung der Sanktionen bei Verstößen gegen das Parteiengesetz

Weitere Punkte betreffen u.a. die Schaffung eines Parteienregisters mit Offenlegung von Statuten und Vertreter/innen sowie eine verbesserte Transparenz für Sponsoring und Inserate.

# Splitter aus dem Parlament

## Ehrenden für Hammer und Gödl

Zwei ÖAAB-Nationalratsabgeordnete – Ernst Gödl und Michael Hammer – haben bereits vor einiger Zeit von Bundespräsident Alexander Van der Bellen Ehrenzeichen verliehen bekommen. Ernst Gödl das Große Silberne Ver-



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (li.) bei der Verleihung des Großen Silbernen Verdienstzeichens an Ernst Gödl (re.), der seine Familie zu der Ehrung mitgebracht hat

dienstzeichen um die Republik Österreich und Michael Hammer das Große Goldene. Die Übergabe erfolgte coronabedingt allerdings erst im heurigen Februar durch Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Beide Abgeordnete empfinden diese Auszeichnung als große Ehre, „die uns anspricht, weiterhin mit vollem Einsatz für unsere Heimat, die Menschen und vor allem die Zukunft unserer Kinder zu arbeiten“.

## Parlamentsmöbel werden in Hainfeld restauriert

Der Hainfelder Restaurator Marc Neuhauser saniert einen Großteil der Möbel des Parlaments. „Als Bürgermeister von Hainfeld habe ich mich in Werkstatt und Lager des kompetenten Restaurators selbst von seiner Arbeit überzeugen können – inklusive



Karl Bader (re.) zu Besuch beim Hainfelder Restaurator Marc Neuhauser (li.)

Sitzprobe!“, berichtet der Fraktionsvorsitzende der ÖVP-Bundesräte, Karl Bader. „Rund 400 Möbel aus dem historischen Parlamentsgebäude – von Schreibtischen Theophil Hansens bis zu Sitzbänken aus der Säulenhalle und Sesseln aus dem Plenarsaal – wurden und werden hier während der Sanierung wieder auf Vordermann gebracht. Im Sommer 2022 sollen die geschichtsträchtigen Möbel dann – frisch restauriert und saniert – wieder an ihren angestammten Platz kommen.“ Mit dieser großen Aufgabe hat es Marc Neuhauser sogar schon in die Zeitung und ins Fernsehen geschafft.

## App für sehbehinderte Menschen

Inklusion, Barrierefreiheit, Digitalisierung: Unter diesem Titel startete die heurige „Zero Project Conference“ im Parlament. Eröffnet wurde die Konferenz in der Hofburg von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka gemeinsam mit Zero-Project-Initiator



Kira Grünberg bei der Auftaktveranstaltung zur Zero Project Conference 2022

Martin Essl. Die ÖVP-Bereichssprecherin für Menschen mit Behinderungen, Kira Grünberg, stellte dabei mit der „BeMyEyes“-App ein innovatives Projekt aus Dänemark vor. Durch einen Live-Videoanruf teilt der sehende dem blinden Menschen mit, ob beispielsweise der Herd ausgeschaltet ist, die Katze am Kasten liegt oder die Butter ranzig ist. Die App ist kostenlos. Hilfestellung gibt es in mehr als 180 Sprachen. „Die Zero Project Konferenz bietet die wertvolle Möglichkeit,

Projekte und ihre Erfinderinnen und Erfinder aus aller Welt in Verbindung zu bringen.“

Weblink: [www.bemyeyes.com](http://www.bemyeyes.com)

## Lola Solar Brücke in Mödling

Lola Solar (1904 – 1989) war Pädagogin, Frauenpolitikerin und von 1949 bis 1970 ÖVP-Nationalratsabgeordnete. Sie gründete 1953 in Salzburg die Europäische Frauenunion (European Union of Women) und war auch Mitbegründerin des „Österreichischen Frauenrings“. Nach ihr ist nun in der Stadtgemeinde Mödling eine



Christina Schlosser (li.), Hans Stefan Hintner (Mitte) und Romana Deckenbacher (re.) bei der Eröffnung der Lola Solar Brücke in Mödling

von sechs Brücken benannt, die der Verein „Vielzeitig – Frauenspuren in Mödling“ sechs Frauen gewidmet hat. Bei der Eröffnung mit dabei: der Mödlinger Bürgermeister und ÖVP-Nationalratsabgeordnete Hans Stefan Hintner, seine Abgeordnetenkollegin Romana Deckenbacher, die Präsidentin der European Union of Women Austria (EUWA), Christina Schlosser, und deren Vorgängerin, BM a.D. Sonja Stiegelbauer.

## Ein Zeichen der Solidarität mit der Ukraine

Als Zeichen der Solidarität und des Mitgefühls mit der Bevölkerung in der Ukraine hat die Bundesregierung gemeinsam mit den Klubobleuten im Parlament in der Sankt Barbara



Klubobmann August Wöginger beim Entzünden der Kerzen als Zeichen der Solidarität mit den Menschen in der Ukraine

Kirche in Wien Kerzen entzündet. Mit dabei auch Vertreterinnen und Vertreter der ukrainischen Gemeinden in Wien. „Ich bedanke mich bei allen, die die Ukraine mit Geld, Sachspenden oder Zeichen der Solidarität unterstützen“, sagte ÖVP-Klubobmann August Wöginger bei diesem Anlass.

### Pfurtscheller plädiert für Gendermedizin

Am 8. März, dem Weltfrauentag, fand im Nationalrat eine Sondersitzung anlässlich der Regierungsumbildung statt. Der neue Gesundheits- und Sozialminister Johannes Rauch hielt dabei seine Antrittsrede. ÖVP-Frauensprecherin Elisabeth Pfurtscheller wandte sich in dieser Debatte direkt an den neuen Minister, um einem Frauenan-



Die Abgeordnete Elisabeth Pfurtscheller nahm die Angelobung des neuen Gesundheitsministers Rauch zum Anlass, ihn auf das Thema Gendermedizin aufmerksam zu machen

liegen Ausdruck zu verleihen: „Herr Minister, ich bitte Sie im Namen der Frauen in Österreich, gerade auf das Thema Gendermedizin, das nach wie vor ein Stiefkind in der gesundheitspolitischen Debatte ist, besonderes Augenmerk zu legen. Frauen erkranken anders als Männer, Frauen brauchen eine andere Behandlung als Männer, Frau-

en reagieren auf Medikamente anders als Männer. Daher braucht es hier noch viel Bewusstseinsbildung und maßgeschneiderte Konzepte“. Dies gelte auch als Auftrag an die Forschung, sich noch intensiver mit der Thematik zu beschäftigen, so Pfurtscheller.

### Doris Berger-Grabner zum Weltfrauentag

Auch Doris Berger-Grabner, ÖVP-Bundesrätin aus Niederösterreich, ging in der Sitzung des Bundesrates tags darauf auf den Weltfrauentag ein. „Wieso braucht es überhaupt einen Weltfrauentag?“, sagte sie und lieferte die Erklärung gleich mit: „Weil wir im 21. Jahrhundert noch immer nicht dort



Anlässlich des heurigen Frauentags machten Frauenministerin Susanne Raab (li.) und Bundesrätin Doris Berger-Grabner auf das Thema Gleichberechtigung aufmerksam

sind, wo wir sein sollten. Wir werden diesen Tag tatsächlich so lange brauchen, bis wir nicht mehr von Gleichberechtigung sprechen müssen, sondern diese eine Selbstverständlichkeit darstellt. Da haben wir noch einen weiten Weg vor uns.“ Es gelte, traditionelle Rollenbilder, die für viele von uns schon zur Selbstverständlichkeit geworden sind, aufzubrechen und zu verändern.

Die fünf wichtigsten Anliegen für Gleichberechtigung: Bessere finanzielle Absicherung in der Pension, Ausbau von Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen, Ausbau der Kinderbetreuung, flexiblere Arbeitszeiten für die Vereinbarkeit von Kind und Beruf sowie Gehaltstransparenz als Mittel gegen Einkommensunterschiede. „Bei diesen Punkten müssen wir ansetzen“, so

Berger-Grabner. „Damit jede Frau die gleichen Chancen vorfindet, wie sie auch Männer haben, um das Lebensmodell zu wählen, das ihr wichtig ist.“

### Menschen in Beschäftigung bringen

Eine vom Arbeitsministerium organisierte Enquete zur Arbeitslosenversicherung sollte neue Impulse zur geplanten Reform liefern, deren Details nun ausgearbeitet werden. Es ging dabei um „einen parteiübergreifenden Austausch ohne Scheuklappen“, sagte Arbeitsminister Martin Kocher bei der Enquete im Ausweichquartier des Parlaments in der Wiener Hofburg. Vor Ort waren unter anderem zahlreiche Vertreter/innen der Parlamentsparteien, der Wissenschaft und Sozialpartnerschaft. Für die ÖVP dabei waren unter anderem Klubobmann August Wöginger und die Abgeordneten Bettina Zopf, Ernst Gödl und Norbert Sieber (siehe Foto). Kocher will heuer im ersten Halbjahr die Reform der Arbeitslosenversicherung vorlegen. Ziel sei es, dass „Menschen rascher in Beschäftigung“ kommen.



Für die ÖVP waren neben Klubobmann August Wöginger die Abgeordneten Norbert Sieber, Bettina Zopf und Ernst Gödl (v.l.n.r.) dabei

Der Arbeitsminister hat im Herbst einen „Reformdialog“ zur Arbeitslosenversicherung gestartet und unter anderen mit den Sozialpartnern, AMS-Vorständen, Wirtschaftsforscher/innen, Unternehmer/innen und von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen gesprochen. Außerdem besuchte er Schweden, Litauen, USA, Griechenland und Dänemark. Der Diskussionsprozess fand mit der Enquete „seinen Höhepunkt“, sagte Kocher.

Für ÖVP-Klubobmann August Wöginger, auch Sozialsprecher der ÖVP, „ist es notwendig, eine Abwanderung österreichischer Fachkräfte ins Ausland zu vermeiden, indem man den österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine gute Perspektive bietet.“ Der Klubobmann wies zudem darauf hin, dass das AMS in Kooperation mit dem Arbeitsministerium eine Digitalisierungsoffensive durchführt: „Es ist wichtig, Unternehmen und potentielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestmöglich zusammenzubringen und damit dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken.“

### Sobotka im historischen Dialog mit Jugendlichen

Anlässlich des Gedenktages zum Ende der parlamentarischen Demokratie 1933 lud Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka eine Schulklasse des Gymnasiums Wieselburg zu einem Rundgang durch das sich noch in Renovierung befindliche Hohe Haus sowie zu einem Austausch über historische und aktuelle politische Fragen ein. Im Vorfeld besuchten die Jugendlichen die Demokratiewerkstatt, wo sie sich in Workshops mit der Frage befassten, wie es 1933 so weit kommen konnte. Der 4. März 1933 gehört zu den



Schüler/innen des BG Wieselburg bei einer exklusiven Führung durch Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

prägendsten Daten der österreichischen Zeitgeschichte. Nachdem nach einer umstrittenen Abstimmung im Parlament alle drei Präsidenten des Nationalrats zurückgetreten waren, nutzte der damalige Bundeskanzler Engelbert Dollfuß diese Geschäfts-

ordnungskrise aus, um fortan ohne Parlament regieren zu können.

### Fachtagung zu Datenschutz in der Gesetzgebung

Im Rahmen der Fachtagung über „Datenschutz im Bereich der Gesetzgebung“ diskutierten die Verfassungssprecher/innen ihre jeweiligen Sichtweisen auf die datenschutzrechtliche Praxis im parlamentarischen Betrieb. Als Grundthema der Diskussion hob ÖVP-Verfassungssprecher Abg. Wolfgang Gerstl das Vertrauen in Personen und Institutio-



Nationalratsabgeordneter Wolfgang Gerstl bei der Fachtagung „Datenschutz im Bereich der Gesetzgebung“

nen hervor. Dieses sei unter anderem durch Rechtsschutzdefizite innerhalb und außerhalb des Parlaments immer mehr untergraben worden. So seien beispielsweise Informationen an die Öffentlichkeit gelangt, die nicht hätten publiziert werden dürfen. Deshalb müsse es - wie in anderen Bereichen auch - im parlamentarischen Prozess für Betroffene die Möglichkeit geben, einen Instanzenzug zu beschreiten, um ihre Rechte zu wahren.

### Jugendrat zu Klimathemen

Ganz im Zeichen von Jugend und Klimapolitik stand das Parlament beim dreitägigen Klimajugendrat. Rund 70 junge Menschen aus ganz Österreich nahmen an der Veranstaltung teil, die sich mit unterschiedlichen Aspekten zum Thema Klima befasste. Dabei traten die Jugendlichen auch in Dialog mit Abgeordneten aller Parlamentsparteien. Für die ÖVP standen die Abgeord-

neten Carina Reiter – Jugendsprecherin ihrer Partei - und Ernst Gödl Rede und Antwort. Zum Ende der Veranstaltung stellte sich auch Jugendstaatssekretärin Claudia Plakom den Fragen der Jugendlichen. Der Klimajugendrat war der Abschluss der Bundesjugendvertretungs-Kampagne, in deren Rah-



Abschließende Worte beim Klimajugendrat von ÖVP-Jugendsprecherin Carina Reiter

men der Climate Action Award verliehen wurde. Damit werden Projekte von jungen Menschen ausgezeichnet, die mit ihren Aktionen einen Beitrag zur Lösung der Klimakrise leisten.

### Arbeitsplatz Parlament nach der Sanierung

Nur noch wenige Monate, bis die Rücksiedlung ins alte, generalsanierte „Haus am Ring“ über die Bühne gehen wird. Einen ersten Eindruck vom künftigen Arbeitsplatz bekamen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ÖVP-Parlamentsklubs gemeinsam mit Klubobmann August Wöginger bei einer Führung durch die Baustelle, die sich nun schon in der Fertigstellungsphase befindet. „Schön und praktisch“ war die einhellige Meinung nach der Begehung. Ein ganz besonderer Arbeitsplatz jedenfalls!



Klubobmann August Wöginger auf der künftigen Besuchergalerie mit Blick auf den Plenarsaal

# Unterwegs in Österreich



Foto: BKA/Dunkler

## Neue Impulse für eine Reform des Arbeitslosengelds

Anfang März diskutierte Arbeitsminister Martin Kocher im Rahmen einer Enquete gemeinsam mit internationalen Gästen und Vertreterinnen und Vertretern der Parlamentsfraktionen mögliche Reformansätze und zielgerichtete Änderungen im Arbeitslosenversicherungssystem. Auch ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger brachte seine Expertise in die Diskussion zu einer möglichen Reform des Arbeitslosengeldes ein. Am Podium diskutierten ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger (im Bild), Josef Muchitsch (SPÖ), Dagmar Belakowitsch (FPÖ), Markus Koza (Grüne) und Gerald Loaker (NEOS) über die Zukunft der Arbeitslosenversicherung.



Foto: Steirischer ÖAAB

## Ehre, wem Ehre gebührt

Anlässlich seines 70. Geburtstages verließ der Bundesvorstand des ÖAAB seine höchste Auszeichnung – den goldenen ÖAAB-Ehrenring – an den steirischen Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer (Mitte). Der Ehrenring ist ein Zeichen für die Verdienste im ÖAAB, aber auch in anderen Bereichen auf politischem, wissenschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet. Die Verleihung vor Ort nahmen der steirische ÖAAB-Landesobmann Christopher Drexler (re.) und Landesgeschäftsführer Günther Ruprecht (li.) vor. Der neue Ehrenringträger Hermann Schützenhöfer ist in sehr guter Gesellschaft mit weiteren ÖAAB-Granden.



Foto: ÖAAB Salzburg

## Karl Zallinger als Bezirksobmann wiedergewählt

Unter Anwesenheit von Salzburger Bürgermeister Harald Preuner, dem Salzburger ÖVP-Klubobmann Wolfgang Mayer sowie vieler Funktionärinnen und Funktionäre sowie Mitgliedern aus ÖAAB und Salzburger Volkspartei, wurde ÖAAB-Landesobmann Karl Zallinger als Bezirksobmann des ÖAAB Salzburg Stadt wiedergewählt. Als Bezirksobmann-Stellvertreter stehen dem neugewählten Bezirksobmann künftig Martina Jöbstl sowie weiterhin Georg Stockinger zur Verfügung. Weiters im Präsidium sind Alexander Diwald, Markus Frohnwieser, Christian Kainz, Andreas Mittendorfer, Reinhold Pann, Andreas Praschberger und Maria Ramsauer vertreten. Im Bild: Der Bezirksvorstand des ÖAAB Salzburg Stadt mit Karl Zallinger (Mitte) und Bgm. Harald Preuner (ganz re.)



Foto: ÖVP-Burgenland

## Das Thema Pflege verbindet

Eine Delegation bestehend aus ÖAAB-Vertreterinnen und Vertretern des Oberösterreichischen und Salzburger Landtags kam Mitte März auf Besuch ins Burgenland, um sich ein Bild von der aktuellen Pflegeversorgung im östlichsten Bundesland zu machen. Neben einem Spaziergang durch Eisenstadt standen verschiedene Arbeitstreffen mit den für Pflege zuständigen Landtagsabgeordneten aus dem Burgenland auf dem Programm. Abschließend gab es ein Arbeitsgespräch mit dem burgenländischen ÖAAB-Landesobmann und Landesparteiobmann Christian Sagartz und einen gemütlichen Ausklang mit Spezialitäten aus dem Burgenland. Im Bild (v.l.n.r.): Der Salzburger ÖAAB-Landesgeschäftsführer Jurica Mustac, der Salzburger ÖAAB-Landesobmann Karl Zallinger, die oberösterreichische AK-Fraktionsvorsitzende Cornelia Pöttinger, der ÖAAB-Landesobmann und Landesparteiobmann Christian Sagartz, die Salzburger ÖVP-Sozialsprecherin Daniela Rosenegger, die OÖVP-Pflegesprecherin Gertraud Scheiblberger und der Obertrumer Bürgermeister Simon Wallner

## Eine starke Stimme für die Jugend

Um der jungen Generation künftig eine noch stärkere Stimme im ÖAAB zu geben, wurde Alexander Jansa zum Jugendbeauftragten im ÖAAB-Bundesvorstand bestellt. Jansa ist seit Dezember 2019 Generalsekretär der FCG Jugend und seit Oktober 2020 Bezirksrat für Floridsdorf. Bereits seit 2016 hat er politische Erfahrungen in seiner Funktion als Schulsprecher und Landesschülervertreter gesammelt. Dem angehenden Jurist sind die Themen Lehre, Berufsbildung und die Förderung von jungen Menschen in der Arbeitswelt ein besonderes Anliegen, und diese wird er künftig auch innerhalb des ÖAAB vorantreiben.

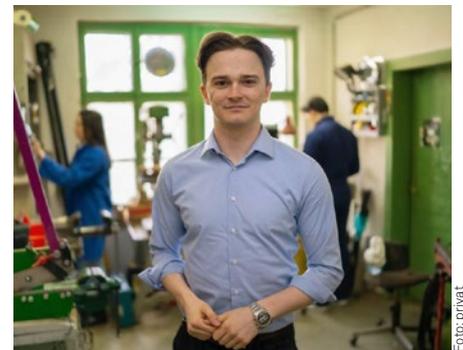


Foto: privat



Foto: NÖAAB

### Austausch in Niederösterreich

Der regelmäßige Austausch mit den ÖAAB-Landesorganisationen ist ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits (li.) immer ein Anliegen. So besucht er in regelmäßigen Abständen die Länderbüros und informiert sich über die Anliegen und Wünsche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aber auch der Funktionärinnen und Funktionäre in den Ländern. Mitte März besuchte er zu diesem Zweck den NÖAAB. Neben dem Gespräch über die aktuellen politischen Geschehnisse, stand ein Kennenlernen mit dem Landesgeschäftsführer des NÖAAB, Simon Schmidt (re.), und seinem Team im Mittelpunkt in St. Pölten.



- Baubeginn 2020
- Erste Übergabe 2022/2023
- Durchdachte Grundrisse
- 202 Wohnungen  
29 Reihenhäuser
- 2- bis 4-Zimmer Wohnungen mit hochwertiger Ausstattung
- Jede Wohnung wahlweise mit Eigengarten und Terrasse, Balkon, Loggia oder mit Dachterrasse
- Überdachte PKW-Stellplätze
- Großzügige Freiraumgestaltung
- Zukunftsorientiert - Vergabe in Miete mit Kaufoption
- Kindergarten mit 4 Gruppen

atlas-wohnbau.at

Jetzt anmelden!

Wr. Neustadt, Badener Straße





göd.fcg

Im Mittelpunkt der Mensch

**STABILITÄT & SICHERHEIT**



Foto: Hans/PIXabay

goedfcg.at